Herbst 2020
FCG-Magazin 03/2020 | MZ 10Z038725M
Erscheinungsort Wien | Österreichische Post AG

vorrangmensch

Magazin der Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im ÖGB



„Überlasst die Zukunft nicht dem Zufall!“
(Papst Johannes Paul II.)

Adobe Stock - © Elena Schweitzer

FCG

www.fcg.at

Eine starke GÖD-FCG



Foto: Hans Leitner

Im Mittelpunkt der Mensch

www.goedfcg.at

göd.fcg

Kolleginnen und Kollegen stärken.
Verantwortung leben.



Dr. Norbert Schnedl
Vorsitzender der FCG
Vizepräsident des ÖGB

Das Glas ist halb voll

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Entscheidend ist nun nicht, welche Zahl am Ende des Jahres im Rechnungsabschluss steht, sondern wie viele Leben wir gerettet, wie viele Arbeitsplätze gesichert und wie viele Unternehmen wir vor der Insolvenz bewahrt haben", sagte Finanzminister Gernot Blümel bei seiner Budgetrede 2020. Obwohl die österreichische Bundesregierung im Vorjahr einen Budgetüberschuss zustande gebracht und auch für 2020 ein ausgeglichenes Budget geplant hatte, zwang die weltweite Corona-Pandemie zu schnellem und entschlossenem Handeln. Weil die Bevölkerung die Maßnahmen weitgehend mittrug, haben wir in Österreich bei Erkrankungen und Todesfällen weit geringere Zahlen als die meisten vergleichbaren Länder – ein guter Grund, sich nicht von der weltweiten Krise hinunterziehen zu lassen, sondern immer auch das Positive zu sehen!

Bei der Bewältigung von Krisen sind die Sozialpartner gefordert und haben mit den aktuellen Kurzarbeitszeitmodellen bereits unter Beweis gestellt, dass **unsere bewährte Verhandlungskultur ausgezeichnete Ergebnisse bringt.** Die **FCG wird** auch in den kommenden Wochen und Monaten nicht lockerlassen, sondern **konsequent und konstruktiv die Interessen unserer Mitglieder vertreten.**

Eine optimistische Grundhaltung ist für jede Gewerkschafterin und jeden Gewerkschafter unerlässlich. Denn Pessimismus – also die Fixierung auf das, was im Glas noch fehlt – hat noch nie zum Erfolg geführt. Mit Optimismus kann man an neue Projekte herangehen, neue Wege versuchen, selbst auf die Gefahr hin, nicht sofort ans Ziel zu gelangen. Die FCG hat diese Wochen genutzt und sowohl bei Seminaren und Veranstaltungen, z.B. den „Generationentagen" oder der FCG-Frauen-Sommerakademie, als auch in der „digitalen Welt", z.B. mit unserem neuen FCG-Blog „Vorrang Mensch" nach vorne zu schauen und auch Neues zu wagen.

Zur aktiven Gestaltung der Gesellschaft gehört auch, dass wir von unserem Wahlrecht Gebrauch machen. **Wenn wir die Zukunft nicht dem Zufall – oder der Entscheidung anderer – überlassen wollen, dann müssen wir die Chance nutzen, christlich-soziale Politik zu stärken!**

Zum Glück leben wir in einer Demokratie und können die politische Richtung mitbestimmen, weil **jede Stimme zählt!** Daher: **Auch in der Krise optimistisch nach vorne schauen und wählen gehen!** ■

Ihr Norbert Schnedl,
Bundesvorsitzender der FCG



Mag. Denis Strieder
FCG-Pressereferent

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

in diesem „herausfordernden Herbst" gibt es gute und schlechte Nachrichten. Leider warten wir noch auf den Einsatz von neu entwickelten **Medikamenten und Impfstoffen gegen das Corona-Virus**. Allerdings haben wir in Österreich zum Glück bei Erkrankungen und Todesfällen weit geringere Zahlen als der Großteil der vergleichbaren Länder. Hier müssen wir mit Hilfe von individuellem und gesamtgesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein weiterhin vorsichtig mit unserer Gesundheit umgehen und unnötiges Ansteckungsrisiko vermeiden.

In den kommenden Wochen und Monaten, in denen uns **wöchentliche Ampelregelungen** in Bezug auf das Verhalten in der Corona-Krise bevorstehen, gilt es auch politische Weichen zu stellen. In keinem anderen Bundesland ist die Zahl der Wahlberechtigten höher als in Wien. Erfreulicherweise engagieren sich zahlreiche Funktionärinnen und Funktionäre der FCG im Wiener Landtag und den Bezirksvertretungen unserer Bundeshauptstadt.

Daher gilt mein Aufruf diesmal besonders den Wienerinnen und Wienern – **unterstützen wir** mit bestem Gewissen jene **Kandidatinnen und Kandidaten** mit einer Vorzugsstimme, die unsere **christlich-sozialen Werte** bestmöglich vertreten.

Im Namen des gesamten Teams wünsche ich Ihnen viel Freude bei der Lektüre und beste Gesundheit! ■

Denis Strieder
Chefredakteur von „Vorrang Mensch"

Pflegereform

Die FCG-PensionistInnen im ÖGB beteiligen sich an der Pflegedebatte und leisten damit einen Beitrag in einer wichtigen gesellschaftlichen Zukunftsfrage.

Die klare Unterscheidung zwischen Betreuung, Pflege und ärztlicher Versorgung ermöglicht, eine gute Lösung für die jeweilige Situation zu erzielen. Auf Basis dieser Differenzierung sind unsere Vorschläge und Forderungen lösungsorientiert und umsetzbar.

Prävention

- Gesund alt werden setzt ein gesundes Aufwachsen voraus. Daher ist die Bildung der „Schlüssel" für die gesunden Lebensjahre und nur kurze Pflegezeiten im Alter.
- Effektiv ist die Schaffung von finanziellen Anreizen wie zum Beispiel weniger Krankenversicherungsbeiträge bei einem gesunden Lebensstil.
- In der Arbeitswelt darf die Weiterbildung und Qualifizierung für ältere ArbeitnehmerInnen nicht beschränkt werden. Die Arbeitsplatzsicherheit für die Generation 50plus ist zu verbessern und auszubauen.
- In der Gesellschaft muss der alte Mensch selbstbestimmt, wertgeschätzt und diskriminierungsfrei leben können.

Bereich 24-Stunden-Betreuung zu Hause durch ausländische BetreuerInnen

- Die BetreuerInnen müssen zumindest über eine Heimhilfe- bzw. vergleichbare Ausbildung verfügen.
- Die Agenturen müssen entsprechend qualifiziert werden bzw. fachliche Zertifikate vorweisen.
- Ausländische 24-Stundenkräfte müssen über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen.
- Eine Kontrollinstanz/ Stelle, die Agenturen überprüft und auch Ansprechpartner für die betreuten und gepflegten Menschen ist.



Kurt Kumhofer
Bundesvorsitzender der FCG-Pensionistinnen und Pensionisten

Betreuung und Pflege durch Angehörige zu Hause – der Staat als Dienstgeber

- Betreuende und pflegende Angehörige gehen ein Dienstverhältnis mit dem Land ein und beziehen ein Mindestgehalt von 1.700,– Euro. PensionistInnen mit weniger als 1.700,– Euro netto bekommen die Differenz.
- Die Ausbildungskosten (mindestens die Heimhilfeausbildung) des pflegenden Angehörigen übernimmt das Land.
- Eine kostenlose begleitende Unterstützung der Angehörigen durch ExpertInnen.
- Eine entsprechende Transparenz und Kontrolle durch das Land, durch die Stadt bzw. geeignete Stelle, zum Schutz und zur Sicherheit für die Betreuten und Gepflegten.

Betreuung und Pflege durch mobile Einrichtungen bzw. Trägervereine

- Flächendeckender Ausbau der mobilen Dienste.
- Errichtung von Stabsstellen und Einsatzzentralen in den Gemeinden und Bezirken für die mobile Versorgung mit BetreuerInnen, Heimhilfen und Pflegepersonal.
- Schaffung von Ärztezentren mit erweiterten Angeboten wie Gerontologen und Therapeuten.
- Ausbau der mobilen Palliativmedizin, damit ein schmerzfreies, würdiges Sterben zu Hause möglich ist.

Betreuung und Pflege in stationären Einrichtungen

- Schaffung von alternativen Wohnformen.
- Generationenübergreifende Wohnformen fördern.
- Ausbau von Tageszentren und Betreutes Wohnen sowie Betreubares Wohnen.
- Ausbau der Hospizeinrichtungen.

Verbesserungen der Rahmenbedingungen in der Betreuung und Pflege

- Bundesweit einheitliche Angebot- und Verwendungsstandards durch Überführung der Betreuung und Pflege in die Bundeskompetenz.
- Einführung eines bundesweiten Personalschlüssels in der stationären Pflege, sowie Schaffung eines Personalschlüssels für die mobile Betreuung und Pflege.
- Anhebung der Löhne und Gehälter für die Beschäftigten in der Betreuung und Pflege.
- Aufwertung des Berufsbildes des Betreuungs- und Pflegepersonals.

Die Finanzierung der Betreuung und Pflege in Zukunft

- Die Finanzierung der Betreuung und Pflege für die Zukunft ist nachhaltig und dauerhaft abzusichern. So wie Bildung und Gesundheit staatliche Aufgaben sind, so ist auch die Betreuung und Pflege sozialstaatlich zu regeln, das heißt, aus Steuermitteln zu finanzieren.

Großer Dank an Dr. Martin Strimitzer

„Ein Gewerkschafter mit Leidenschaft und ein Kämpfer für die PensionistInnen."

Vor kurzem hat Prof. HR. Dr. Martin Strimitzer, im 93. Lebensjahr stehend, aus gesundheitlichen Gründen seinen **Rückzug aus den Funktionen bei den ÖGB PensionistInnen** bekanntgegeben.

Martin Strimitzer hat sich in der Pensionistenorganisation des ÖGB vor allem **für die Bezieher niedriger Pensionen eingesetzt** und wiederholt eine verbesserte jährliche Anpassung der kleinen Pensionen über dem Verbraucherpreisindex (VPI) verlangt. Denn der VPI bildet seiner begründeten Meinung nach die Ausgaben für die tägliche Daseinsfürsorge (Wohnen, Essen etc.) nicht richtig ab.

Strimitzer besuchte, aus kleinen Verhältnissen im Kärntner Drautal kommend, das humanistische Gymnasium in Hall in Tirol. Nach der Matura arbeitete er einige Jahre als Redakteur bei den Tiroler Nachrichten. 1951 trat er in den Dienst des Finanzamtes Innsbruck. Daneben studierte er Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck und promovierte 1957 zum Doktor der Rechte.

Von 1976 bis 1990 leitete er die Zollabteilung der Finanzlandesdirektion für Tirol. Er wurde 1976 zum Hofrat ernannt und bekam 1992 den Berufstitel Professor verliehen.

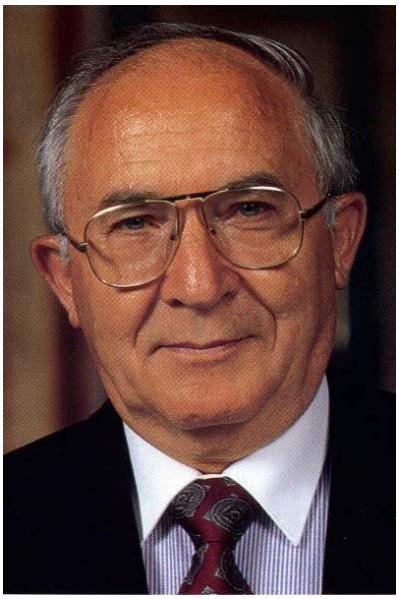
Martin Strimitzer war **Vorsitzender des Landesvorstandes der GÖD** und **Landesvorsitzender der FCG in Tirol.**

Nach seiner Pensionierung vertrat er die Anliegen der Pensionisten als Tiroler Landesvorsitzender der FCG im BundespensionistInnenvorstand des ÖGB.

Neben den gewerkschaftlichen Aufgaben, wurde Martin Strimitzer vom Tiroler Landtag für die ÖVP von 1982 bis zum 31. Dezember 2002 in den Bundesrat entsandt. Von 01. Jänner 1990 bis zum 30. Juni 1990 war er Präsident des Bundesrates, eine weitere Amtszeit hatte er das Amt des Vizepräsidenten inne. Zusätzlich zu den gewerkschaftlichen und politischen Aufgaben wurde er auch zum ehrenamtlichen Vorsitzenden des Tiroler Vereins der Mieter und Wohnungseigentümer bestellt.

Ein besonderes Anliegen war ihm die **Weiterentwicklung der christlichen Soziallehre.** In dieser Funktion vertrat er die FCG im Stiftungsrat der päpstlichen Sozialakademie.

Als Vorsitzender des Kuratoriums des Hofkirchenerhaltungsfonds erwarb er sich



große Verdienste, unter anderem bei der Renovierung des Kaisergrabes in der Innsbrucker Hofkirche.

Martin Strimitzer wurde für seine Verdienste vielfach geehrt, stellvertretend erwähnt seien das **Große goldene Ehrenzeichen mit dem Stern** für Verdienste um die Republik Österreich, das Verdienstkreuz des Landes Tirol und die Johann-Böhm-Plakette des ÖGB.

Die FCG bedankt sich bei dem verdienten Kämpfer für die Rechte der Arbeitnehmer und Pensionisten und wünscht noch viele gute Jahre im Kreise seiner Familie. ■

Hans Perkhofer

FCG-Jugend Klausur in St. Pölten

Bei der Bundesvorstandsklausur der FCG Jugend in St. Pölten wurden die inhaltlichen Weichen für die kommenden Monate festgelegt. An den zwei sehr produktiven und spannenden Tagen hat unsere Jugend einige neue Projekt- und Kampagnenideen ausgearbeitet, welche auch bereits in Umsetzung sind. Stay tuned! ■



KOMMENTAR

Verantwortung

Die Diskussion um Covid-19, um den „Corona-Zirkus“, bringt Schuldzuweisungen: „die Chinesen“, „die in Ischgl“, „das Apres-Ski“, „die Heimkehrer vom Balkan“ und „Ballermänner von Mallorca“.

In all dem steckt ein Stück Wahrheit. Aber wie kommt es zur Ausbreitung der Pandemie? Unbewusst, unbeabsichtigt oder doch nachlässig, wenn nicht fahrlässig?

Politisches Kleingeld

Das gilt nicht nur für die NormalverbraucherInnen. Es geht bis in die höchsten Ebenen: wie sonst könnten höchste VerantwortungsträgerInnen der Republik in Bund und Ländern einander widersprechen, weil sie Machtverlust befürchten oder Kompetenzüberschreitung? Wie können staatstragende Parteien versuchen einander Erfolge abzujagen, wenn es doch um Gesundheit und das Leben Vieler geht? Für mich ein Kampf von Zwergen, die streiten, wer der Größte ist. Ein Getrampel auf dem Rücken der BürgerInnen, die sie gewählt haben, und die sie zu verantwortungsvollem Verhalten motivieren sollten.

Selbstschutz hilft allen

Aus christlicher Sicht ist es eine Frage der Subsidiarität, wenn an die Verantwortung jedes/jeder Einzelnen in der Gesellschaft, an die „Eigenverantwortung“ appelliert wird. Wem das zu moralisch klingt, der kann beim Thema Selbstschutz an das Sprichwort denken: „Jeder ist sich selbst der Nächste“. Das wäre auch für eingefleischte Egoisten eine Verhaltensregel. Es ist aber auch eine Frage der Solidarität mit anderen, ob mein Verhalten andere gefährdet. Wer weiß schon, ob er oder sie nicht selbst bereits Träger des Virus ist und damit eine Gefahr für andere?



Alfred Zankanella (76) ist Theologe und leitet die Bibliothek des Karl-Kummer-Instituts in Wien

Ein Sonderfall -„De Wiener“

Die Regierung sitzt in Wien. Sie versucht Schaden für Mensch und Wirtschaft abzuwenden. Durch Empfehlungen und Verbote, durch materielle Hilfe, durch Rahmenbedingungen, die Überleben sichern sollen. Das weckt aber ein eifersüchtiges Schielen auf „die anderen“: die anderen Berufsgruppen, die besser gefördert werden; die anderen Bezirke oder Bundesländer, die weniger Infektionen und daher mehr Ampel-Grün aufweisen. Ob Ampel oder nicht, ob grün, gelb, orange oder rot: Es geht hier nicht um Farbenspiele, auch nicht um politische Farben, sondern um das Leben Vieler, um das Gemeinwohl der Gesellschaft. Vor allem Ballungszentren sind von der Pandemie betroffen. Logisch, wo mehr Menschen sind, da gibt es mehr Begegnung und mehr Ansteckung. Dabei führen natürlich Wien und „de Wiener“ die Liste an.

Wiener Blut

Der Wahlkampf in Wien schafft dabei eine besondere Konstellation. „Ibiza“ und die Spaltung im freiheitlichen Lager lenken von einem anderen Problem ab, das nicht zu übersehen ist: Fast ein Drittel der BewohnerInnen Wiens darf nicht wählen.

Der Mehrheit der Wahl-BürgerInnen stehen in Wien ca. 31% Zahl-BürgerInnen gegenüber. Sie zahlen Steuern und Abgaben, genießen daher auch den Service der Gemeinde (Wasser, Müll, etc,), aber sie dürfen nicht mitbestimmen, wer ihre Stadt verwaltet, um nicht zu sagen regiert. Dabei sind es nicht nur die „Ziegelböhm“ unserer Tage, die Bau-, Leih-, und ErntearbeiterInnen aus Ost- und Südeuropa. Auch nicht die „Flüchtlinge“ und AsylantInnen, sondern qualifizierte Personen aus Europa und aller Welt: WissenschaftlerInnen, TechnikerInnen, MedizinerInnen, Kranken- und Altenpflegepersonal, SpezialistInnen aller Sparten. Das Wiener Blut entstand und entsteht aus einem Sammelsurium von Menschen und Kulturen, eben eine Melange, die schon vom Wahlrecht her nicht integriert ist. De facto haben wir eine feine Melange in Wien, de jure gibt es zwei Klassen: Wahl-BürgerInnen und Zahl-BürgerInnen ohne Wahlrecht. ■

Solidarität mit Bauernpensionen

Als FCG- Pensionistinnen und Pensionisten sind wir der Überzeugung, dass wir aus Gründen der Solidarität jede gesetzliche Verbesserung, wie jene bei den Bauernpensionen, unterstützen sollen. ■



Kurt Kumhofer mit Bauernbund-Präsidenten Abg. z. NR DI Georg Strasser und Abg z. NR Bettina Zopf

Bundesfrauenvorsitzende Monika Gabriel:

„Papamonat feiert einjähriges Jubiläum – wichtiger gesellschaftspolitischer Schritt“

DIE EINFÜHRUNG DES SOGENANNTEN PAPAMONATS VOR GENAU EINEM JAHR ist ein deutlicher Fortschritt bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



Monika Gabriel
Bundesfrauenvorsitzende der FCG

„Der Papamonat ist aus gesellschaftspolitischer Sicht ein großer Erfolg! **Ganz Europa beneidet uns** für die Möglichkeit, unsere Väter bei der Kinderbetreuung gut einbinden zu können. Dieser Tage versucht die Schweiz ein ähnliches Modell entsprechend des Papamonats gesetzlich zu verankern. Die Väterbeteiligung ist von außerordentlicher Wichtigkeit, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können“, zeigt sich FCG-Bundesfrauenvorsitzende Monika Gabriel über den ersten Geburtstag der Möglichkeit zur besseren Väterbeteiligung erfreut.

„Die **Väterfrühkarenz ist ein Meilenstein** bei der gerechteren Verteilung der Kinderbetreuung und -erziehung. Dennoch bedarf es weiterer Anstrengungen zur Verwirklichung gelebter Gleichberechtigung, Chancengleichheit und partnerschaftlicher Fairness in unserer Gesellschaft“, möchte Monika Gabriel, die ebenfalls die Funktion als Vorsitzender-Stellvertreterin in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) bekleidet, zukunftsgerichtet anmerken. ■

Väterfrühkarenz („Papamonat“)

Für Dienstnehmer besteht ein gesetzlicher Rechtsanspruch auf Väterfrühkarenz laut Väter-Karenzgesetz (VKG). Weiters besteht ein Anspruch auf Väterfrühkarenz auf gesetzlicher Basis im öffentlichen Dienst sowie in einigen Branchen auf kollektivvertraglicher Ebene.
Weitere Informationen finden Sie unter den Websites der ÖGK (www.gesundheitskasse.at) und des Bundeskanzleramtes (www.oesterreich.gv.at)

da capo al fine



Andreas Gjecaj
FCG-Generalsekretär

Postfaktisches Zeitalter

Manche Witze haben „einen Bart“. Sie wurden schon vor 20 oder 30 Jahren erzählt und eigentlich ist die Pointe den meisten Menschen schon bekannt. Dies scheint bei einem Graffiti, welches sich schon vor 30 Jahren an den Wänden einer amerikanischen Universität fand, nicht so: „Ich habe mir meine Meinung gebildet, verschont mich mit euren Tatsachen!“ war da in englischer Sprache (opinion/facts) aufgesprüht.

Das **Auseinanderhalten von Fakten und Meinungen** scheint am Beginn des 21. Jahrhunderts immer weniger zu gelingen. Ja, es könnte sogar eine Ursache für die Heftigkeit der Diskussion zur Corona-Pandemie sein. Und für die Unversöhnlichkeit der Standpunkte! Ein weiterer Faktor ist die stark in Mode gekommene „Kampf-Rhetorik“. Immer weniger scheint es darum zu gehen, ein Gespräch zu führen, in einem wertschätzenden Dialog auf die Argumente der Gegenseite zu hören und auf diese Art und Weise sogar etwas voneinander zu lernen. Stattdessen wird systematisch versucht, jede andere Meinung abzuwerten, lächerlich zu machen, zu denunzieren. Solch eine Gesprächsführung ist jedem Meinungsaustausch hinderlich. Wenn sie die Trennung von Meinungen und Fakten nicht berücksichtigt, sondern alles wie in einem übergroßen „Sprach-Fleischwolf“ vermengt, zerstört sie die Brückenfunktion der Sprache zwischen uns Menschen.

Es ist oft mühsam, nach einem Unfall Zeugen zum Hergang zu befragen. Manche wollen ein rotes und ein silbernes Auto gesehen haben. Andere meinen, ein blaues Auto wahrgenommen zu haben. Wie hilfreich ist in solchen Fällen eine Fotografie, die Fakten, wie z.B. die Autofarbe, außer Streit stellt. Auch wenn in unserem „postfaktischen Zeitalter“ die Meinung zunimmt, es ginge nur darum ein möglichst glaubwürdiges Narrativ zu erzählen, bleibt die Rückbesinnung auf Fakten sinnvoll. Die gemeinsame Anerkennung der Wirklichkeit ermöglicht respektvoll geführte Dialoge. ■

GENERATIONENTAGE 2020 – „JA zu Jung & Alt“

„VORRANG MENSCH“ IST NICHT NUR EINE ABSICHTSERKLÄRUNG DER FCG, sondern wird von uns auch gelebt – vor allem in Krisenzeiten – denn die Probleme und Bedrohungen sind ständig präsent. So war es keine Frage, gerade jetzt, die drei Generationentage zum 14. Mal Ende August durchzuführen. Über 50 TeilnehmerInnen, junge und ältere, erlebten trotz Corona-Vorsichtsmaßnahmen, wie wichtig persönliche Kontakte sowie spannende Diskussionen zum Finden gemeinsamer Lösungen sind und erkannten, dass Videokonferenzen nur die zweitbeste Variante sind.



Morgensport am besten mit „Abstand“!


Alle Corona Auflagen-werden strikt eingehalten!

Alle Altersgruppen umspannend wurden Anerkennung und Akzeptanz von der Politik und Öffentlichkeit eingefordert. Für die Jungen sind Mitsprache sowie Zustimmung zu Demokratie und Zukunftsfragen wichtiger als grenzenloses Wachstum der Wirtschaft. Reklamiert werden von allen spezielle Förderungen für die Opfer der Pandemie; für die Jugend Sonderbeschäftigungsprogramme und endlich Fortschritte in der Pflegereform. Sorgen bereiten den „Alten“ die zunehmende Diskriminierung und Ausgrenzung durch ständig neue Vorschriften wie z.B. bei den Banken – etwa Kreditkartenbeschränkungen, Kreditvergaben, Kontoüberziehungen, Bargeldabschaffung usw. – und die Pflicht zum Besitz von IT- Geräten, weil man sonst nicht mehr handlungsfähig ist. Makaber wird es, wenn da wie dort als Begründung einer Ablehnung der Grund genannt wird der/die Betroffene „könnte ja sterben und die Verpflichtungen nicht mehr einhalten“.

Wer Informationen nicht abrufen und lesen kann – von Kartenautomaten bis zu Monitoren im öffentlichen Raum – wird zum Analphabeten des 21. Jahrhunderts und ist endgültig out!

Als referierende ExpertInnen waren gekommen: Bundesrat FA Dr.med. **Karlheinz Kornhäusl**, Landesrätin Dr. **Juliane Bogner-Strauß**, NRAbg. Mag. **Gertrude Aubauer** / VPräs. Bundesseniorenbund, Mag. **Andreas Hebenstreit** von der ÖGK, FCG Gen.Sekr. **Andreas Gjecaj** mit Mag. **Denis Strieder**, GSJ **Alexander Jansa**, **Markus Larndorfer**.

Von der Landes-FCG berichtete KR Ing. **Peter Amreich** / gf. Vorsitzender Steiermark. Als besondere Gäste wurden begrüßt: Ehrenvors. Bundesrats-Präs. LAK-Präs. LAbg. a.D. Ing. **Anton Nigl** – Jahrgang 1928 und Frauenvorsitzende Prof. Mag. **Barbara Hollomey.** Geselligkeit gab es auch bei einer professionellen Weinverkostung und einem Grillabend. Verantwortlich für die Tagung waren: Jugendvorsitzender **Marcel Mikysek** & Ehrenvors. Olng. **Erich Amerer.** ■

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Zentralverband der christlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Österreichs | Adressverwaltung: FCG-Organisationsbüro, Tel.: 01/401 43-300, E-Mail: borgref@fcg.at | Beide: 1080 Wien, Laudongasse 16 | Web: www.fcg.at | ZVR-Zahl: 938 560 454 | Chefredaktion: Mag. Denis Strieder | Fotos: Wenn nicht anders angegeben: FCG, beigestellt.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:
www.fcg.at/impressum

FCG-ProGe Steiermark on Tour!

Vorsitzender Rudi Gutjahr berichtet.

ALS ICH IM FRÜHJAHR 2018 LANDESVORSITZENDER DER FCG-PROGE STEIERMARK geworden bin, war eines meiner Vorhaben für die kommenden Jahre, so viel wie möglich in die Betriebe raus zu fahren. Nicht nur, dass sie mich als Vorsitzenden kennen lernen, sondern viel mehr, dass ich die BetriebsrätInnen vor Ort in ihren Betrieben kennen lerne.



Rudi Gutjahr umgeben von seinem starken Team!

Mir ist es ein sehr großes Anliegen deren Wünsche, Sorgen und Bedürfnisse zu erfahren, Meinungen auszutauschen und deren Anliegen in den diversen Gremien der Gewerkschaft, Arbeiterkammer – aber auch gegenüber der Politik – zu vertreten.

Weiters ist es Ziel dieser Betriebsbesuche, jene BetriebsrätInnen, die sich noch nicht zur FCG bekannt haben, zu überzeugen, dass wir nur als starke Gewerkschaftsbewegung unsere Anliegen gegenüber anderen Organisationen mit Nachdruck und glaubhaft weitertragen können. Vor allem in Gremien, wo die FCG keine Mehrheit hat. Aber auch die Mitgliederwerbung zur Gewerkschaft generell ist ein wichtiges Ziel dieses Vorhabens. Denn gerade in Zeiten wie diesen, in denen die Wirtschaft schwächelt, der Druck auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer größer wird, wo heute noch niemand voraussagen kann, wie sich die Wirtschaft in den kommenden Jahren entwickeln wird, ist es von sehr großer Bedeutung eine starke Gewerkschaft zu haben. Man spürt es alle Jahre bei den Kollektivverhandlungen, wie der Druck auf die ArbeitnehmerInnen immer größer wird.

Es gab in den vergangenen Jahren Stimmen in der Politik, aber auch auf der Arbeitgeberseite, die eine Sozialpartnerschaft im 21. Jhdt. als nicht mehr modern bezeichnet haben. Aber wir haben mit der Covid-19-Krise gesehen, dass gerade in solchen Zeiten eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft für einen Staat wie Österreich sehr von Vorteil ist. Und zu so einer Partnerschaft gehört auch eine starke und aktive Gewerkschaft!

Aus diesen Beweggründen heraus sind unser Landessekretär Rene Heinrich und ich in den Betrieben unterwegs. Um Kontakte zu knüpfen, die Bedürfnisse unserer BetriebsrätelInnen zu erfahren, Meinungen auszutauschen und ein starkes Netzwerk unter den Betrieben in der FCG-ProGe Steiermark zu knüpfen, die Stärken unserer Branchenvielfalt nützen, damit wir in Zukunft eine immer stärkere und unüberhörbare Stimme in der Gewerkschaft sind! ■

Rudi Gutjahr

Betriebsratswahlen am LKH-Univ.Klinikum Graz

Das **teamklinikumgraz** mit **Michael Tripolt** an der Spitze hat bei den Betriebsratswahlen am LKH-Univ. Klinikum Graz **73,9 Prozent** der Stimmen erreicht! Das sind noch einmal um 8,8 Prozent mehr als bei den letzten Wahlen! Mehr als 6.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des größten steirischen Spitals waren wahlberechtigt und konnten ihre Stimme abgeben. ■


Die FCG Steiermark gratuliert Michael Tripolt und seinem Team zu diesem sensationellen Ergebnis!

Generationentage 2020

„JA zu Jung & Alt“





„VORRANG MENSCH“ IST NICHT NUR EINE ABSICHTSERKLÄRUNG DER FCG, sondern wird von uns auch gelebt – vor allem in Krisenzeiten – denn die Probleme und Bedrohungen sind ständig präsent. So war es keine Frage, gerade jetzt, die drei Generationentage zum 14. Mal Ende August durchzuführen. Über 50 TeilnehmerInnen, junge und ältere, erlebten trotz Corona-Vorsichtsmaßnahmen, wie wichtig persönliche Kontakte sowie spannende Diskussionen zum Finden gemeinsamer Lösungen sind und erkannten, dass Videokonferenzen nur die zweitbeste Variante sind.

Alle Altersgruppen umspannend wurden Anerkennung und Akzeptanz von der Politik und Öffentlichkeit eingefordert. Für die Jungen sind Mitsprache sowie Zustimmung zu Demokratie und Zukunftsfragen wichtiger als grenzenloses Wachstum der Wirtschaft. Reklamiert werden von allen spezielle Förderungen für die Opfer der Pandemie; für die Jugend Sonderbeschäftigungsprogramme und endlich Fortschritte in der Pflegereform. Sorgen bereiten den „Alten“ die zunehmende Diskriminierung und Ausgrenzung durch ständig neue Vorschriften wie z.B. bei den Banken – etwa Kreditkartenbeschränkungen, Kreditvergaben, Kontoüberziehungen,



Bargeldabschaffung usw. – und die Pflicht zum Besitz von IT- Geräten, weil man sonst nicht mehr handlungsfähig ist. Makaber wird es, wenn da wie dort als Begründung einer Ablehnung der Grund genannt wird der/die Betroffene „könnte ja sterben und die Verpflichtungen nicht mehr einhalten“.

Wer Informationen nicht abrufen und lesen kann – von Kartenautomaten bis zu Monitoren im öffentlichen Raum – wird zum Analphabeten des 21. Jahrhunderts und ist endgültig out!

Als referierende ExpertInnen waren gekommen: Bundesrat FA Dr.med. **Karlheinz Kornhäusl**, Landesrätin Dr. **Juliane Bogner-Strauß**, NRAbg. Mag. **Gertrude Aubauer** / VPräs. Bundesseniorenbund, Mag. **Andreas Hebenstreit** von der ÖGK, FCG Gen.Sekr. **Andreas Gjecaj** mit Mag. **Denis Strieder**, GSJ **Alexander Jansa**, **Markus Larndorfer**. Von der Landes-FCG berichtete KR Ing. **Peter Amreich** / gf. Vorsitzender Steiermark.

Als besondere Gäste wurden begrüßt: Ehrenvors. Bundesrats-Präs. LAK-Präs. LAbg. a.D. Ing. **Anton Nigl** – Jahrgang 1928 und Frauenvorsitzende Prof. Mag. **Barbara Hollomey.**

Geselligkeit gab es auch bei einer professionellen Weinverkostung und einem Grillabend. Verantwortlich für die Tagung waren: Jugendvorsitzender **Marcel Mikysek** & Ehrenvors. OIng. **Erich Amerer.** ■



Sommerakademie der FCG-Frauen am Reinischkogl

WIE ALLES IM HEURIGEN JAHR, verlief auch die Sommerakademie der FCG-Frauen anders als sonst. Statt mehrere Vortragende um Referate zu bitten, gelang es der Landes-Frauenvorsitzenden Prof.in Mag.a Barbara Hollomey die FCG-Bundesbildungssekretärin Dr.in Karin Petter-Trausznitz, MSc, für ein Seminar zu gewinnen. **„Stärke zeigen, aber wie?“** lautete der Titel.

Dabei ging es um das Identifizieren von Hürden für Frauen und das Erarbeiten von Strategien zur Überwindung dieser Schranken. Diesmal war es jedoch viel mehr als ein **Vortrag**, es blieb auch Zeit für **praktische Übungen**, Auswertung von **Einzel- und Gruppenarbeiten**.

Der Abend wurde mit FCG-Generalsekretär Andreas Gjecaj in Form eines gemeinsamen Abendessens mit nachfolgendem „Kamingespräch“ verbracht.

Insgesamt eine wie immer **äußerst gelungene Veranstaltung**, wenn auch diesmal in einem den gegebenen Covid-Umständen geschuldeten Format, das wieder einmal beweist: Was neu und anders ist, muss der Qualität keinen Abbruch tun.



Landesvorsitzende Barbara Hollomey begrüßt die steirischen FCG- Frauen


Teilnehmerinnen in Einzelarbeit


Ulrike Zambelli und Anja Klug im Arbeitsgespräch



Teilnehmerinnen im Coronaabstand mit Barbara Hollomey u. Karin Petter-Trausznitz

FCG fordert dauerhaften Unfallversicherungsschutz für Homeoffice und Teleworking

DIE STEIRISCHEN CHRISTGEWERKSCHAFTER (FCG) mit ihrer Doppelspitze **Peter Amreich und Franz Gosch**, sehen dringlichen Regelungsbedarf für „Teleworker" und wollen den derzeit befristet für Homeoffice erweiterten SV Versicherungsschutz künftig ausdehnen. Als Notverordnung werden seit 11. März 2020 auch jene **Arbeitsunfälle** durch die Unfallversicherung geschützt, welche sich bei **Homeoffice** im Haushalt ereignen. Dieser Schutz tritt aber spätestens mit Ablauf des **31. Dezember 2020 wieder außer Kraft.** Die FCG fordert nun den Gesetzgeber auf, dass auch künftig ArbeitnehmerInnen in Homeoffice dauerhaft geschützt werden und setzt sich auch für eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle Arten von Teleworking ein. Alle Arbeitsunfälle, die im örtlichen, zeitlichen und ursächlichen Zusammenhang mit der Beschäftigung passieren, müssen versichert sein, so Peter



Amreich, GF Landesvorsitzender der FCG Steiermark. Er verweist darauf, dass neben Homeoffice auch andere Arten von mobiler Arbeit vom Versicherungsschutz umfasst sein müssen! Während der heißen Phase der Covid-19 Pandemie leisteten viele tausende ArbeitnehmerInnen in Österreich ihre Arbeit im Homeoffice. Dieser Beitrag war wichtig, um die Verbreitung des Virus zu bremsen. Nach der Corona-Krise hat diese Arbeitsform an Bedeutung dazugewonnen, sowohl die Firmen als auch ArbeitnehmerInnen sehen hier einen Mehrwert, welcher künftig zu einem drastischen Anstieg von Homeoffice als Arbeitsform führen wird. Bereits jetzt zeigt sich, dass die Entflechtung von Arbeit und Arbeitsort zunehmen wird, wodurch eine Reihe von flexiblen Arbeitsformen entstehen wird. Um diese neue Form des Arbeitens zu ermöglichen ist es notwendig hier die richtigen **Rahmenbedingungen für das 21. Jahrhundert** zu schaffen, so Franz Gosch, Bundesgeschäftsführer der FCG/GPA-djp. „Die gesetzliche Unfallversicherung, ist nur bis zum 31.12.2020 geregelt. Wir wollen, dass der Versicherungsschutz für Teleworker zukünftig dauerhaft verankert wird". Außerdem fordern die ChristgewerkschafterInnen im Bereich der betrieblichen Ebene eine verpflichtende Betriebsvereinbarung für ArbeitnehmerInnen, die Homeoffice in Anspruch nehmen. Diese soll in der Arbeitsverfassung geregelt werden. ■



Wien-Wahl 2020

Die FCG-Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten

Bei der Wahl am 11. Oktober 2020 geht es um die Zusammensetzung des Wiener Gemeinderates und Landtages sowie die 23 Wiener Bezirksvertretungen.



FCG-Wien-Landesvorsitzender Thomas Rasch

Stellvertretend für alle KandidatInnen der FCG haben wir fünf SpitzenkandidatInnen, welche sich in den kommenden Jahren für die Wienerinnen und Wiener politisch engagieren möchten, gebeten, sich und ihre Anliegen vorzustellen.

FCG-Wien-Landesvorsitzender KR Thomas Rasch, 55, kandidiert für den Wiener Gemeinderat. **Das sind seine wichtigsten Anliegen für Wien:**

Vernünftige Verkehrspolitik

Die Zukunft guter Verkehrspolitik kann nicht im Gegeneinander-Ausspielen verschiedener VerkehrsteilnehmerInnen liegen, sondern in einem neuen Mix. Um in den Städten einen Verkehrskollaps zu vermeiden müssen wir lernen, verschiedene Verkehrsmittel intelligent zu nutzen und muss allen VerkehrsteilnehmerInnen das Wechseln von PKW auf Öffis, die effizienteste Kombination von Fuß- und Radwegen mit schnellen U-Bahnverbindungen angeboten werden. Statt Aktionismus braucht es langfristige und konsequente Verkehrspolitik!

Respekt für Polizistinnen und Polizisten sowie für Lehrerinnen und Lehrer

Leider ist die Gewalt an Wiener Schulen in den letzten Jahren ebenso gestiegen wie die Attacken gegen Polizeibeamte in Ausübung ihres Dienstes. Wir müssen jederzeit einsatzbereite Polizeibeamte und engagierte Lehrkräfte vor Gewaltattacken schützen.

Erhaltung der Arbeitsplätze in Wien

Ein florierender Wirtschaftsstandort garantiert auch sichere Arbeitsplätze und ein entsprechendes Einkommen für die Beschäftigten, daher sollen Produktionsbetriebe in Wien erhalten bleiben und auch besonders gefördert werden.

Stopp der Verbauung von Grünflächen

Wiens grüne und klimafreundliche Siedlungsgebiete müssen durch Widmungen abgesichert werden, und so ihren Beitrag für die Luftgüte und für die Erholung leisten.

Keine Sonntagsöffnung

Der arbeitsfreie Sonntag sorgt für unseren Lebensrhythmus und muss, wo immer dies möglich ist, für Familien erhalten bleiben. Das erscheint wichtiger, als grenzenloser Konsum.

Integration

Ganz dringend müssen sämtliche Integrationsbemühungen verstärkt werden. Dazu braucht es neben verpflichtenden Deutschkursen auch die Schaffung von echten Arbeitsplätzen, damit die Sozialhilfe nicht von der Notlösung zur Dauerlösung wird.

Leistbare Wohnungen

Betriebskosten, die über die Inflationsrate hinaus ansteigen und besonders Gebühren der Stadt gehören endlich eingebremst, um Wohnen auch für Familien wieder leistbarer zu machen.

Unterstützung für die Pflegekräfte

In den Wiener Spitälern wird vom Personal in der Pflege ganz Großartiges geleistet. Diese Leistungen gehören nicht nur anerkannt, sie gehören auch entsprechend entlohnt. ■

Mag. CAROLINE HUNGERLÄNDER

32 JAHRE, ABGEORDNETE ZUM WIENER LANDTAG (NEUE VOLKSPARTEI WIEN), SPITZENKANDIDATIN FÜR DEN GEMEINDERAT IN DER DONAUSTADT.

Politik mit christlich-sozialem Akzent

Seit wann bin in der Politik? Die Antwort auf diese Frage reicht lange zurück: Einer politischen Jugendorganisation bin ich mit 17 beigetreten, in weiterer Folge war ich als Studentin politisch aktiv und anschließend in der Christgewerkschaft. Studiert habe ich Germanistik und an der Diplomatischen Akademie. Es folgten einige Praktika im In- und Ausland und seit 2016 arbeite ich für eine Botschaft.

Für Integration und Internationales bin ich seit 2017 als Gemeinderätin im Wiener Rathaus zuständig. Die Integrationsbemühungen der Stadt können an ihrem Ergebnis gemessen werden. Neben den offensichtlichen Problemen – Stichwort Favoriten – bauen sich gefährliche Netzwerke auf, die dem Sammelbegriff „politischer Islam" zuzurechnen sind. Hier braucht es entgegen der bisherigen Linie der Wiener Stadtregierung vor allem eines: klare Integrationsvorgaben und Konsequenzen bei Nichteinhaltung.



Mag. Caroline Hungerländer
Landtagsabgeordnete

Als Spitzenkandidatin für die Donaustadt habe ich auch viele Überschneidungspunkte mit Arbeitnehmerinteressen, immerhin ist der 22. Bezirk ein typischer „Auspendlerbezirk". In den kommenden fünf Jahren wird sich der Bezirk weiter verändern und diese Veränderung will ich mitgestalten: Und zwar mit der Errichtung von Infrastruktur, keine unnötige Versiegelung bei Wohnbauten und den Ausbau von öffentlichen Verkehrsmittel nach Niederösterreich, um den Pendlerverkehr vor der Stadtgrenze abzufangen.

Nicht zuletzt sehe ich mich als Mensch, dessen Fundament ein christliches Menschen- und Gesellschaftsbild ist. Eben diesen christlich-sozialen Akzent möchte ich während der nächsten fünf Jahre in Wien setzen. ■

HANNES TABORSKY

54 JAHRE, VERMESSUNGSTECHNIKER, LANDESGESCHÄFTSFÜHRER ÖAAB WIEN, SPITZENKANDIDAT FÜR DEN GEMEINDERAT IN PENZING.

Auf die Menschen zugehen

Meine Motivation als Bezirksmandatar und in allen anderen Bereichen, in denen ich politisch tätig bin ist es, vereinfacht gesagt, etwas für die Menschen tun zu wollen.

Als Penzinger zähle ich vor allem das Wiental und die Steinhofwiese zu meinen Lieblingsplätzen, dementsprechend ist auch die Begrünung des Wientalradweges eines meiner Hauptanliegen.

Als begeisterter Radfahrer bin ich ein Anhänger vernünftiger verkehrspolitischer Maßnahmen, zu denen man den Fleckerlteppich an temporären „Pop Up Radwegen" wohl kaum zählen kann.

Ein Gebot der Stunde wäre meines Erachtens die Verlängerung der U-Bahnen an die Stadtgrenze. Für Penzing würde dies die Verlängerung der U4 bis Auhof bedeuten – natürlich immer in Verbindung mit vernünftigen Park-and-Ride-Angeboten. Das würde die innerstädtische Verkehrsbelastung schlagartig verbessern und wäre weit sinnvoller als PR-Gags.



Hannes Taborsky
Landesgeschäftsführer ÖAAB

Die Förderung des öffentlichen Verkehrs ist eine wichtige Aufgabe, sie ist aber dann ideen- und planlos, wenn sie einzig und allein darauf abzielt, Autofahrerinnen und Autofahrern das Leben schwer zu machen. Gute Verkehrspolitik bedeutet ein friedliches Miteinander der unterschiedlichen VerkehrsteilnehmerInnen – mit Anreizen und Angeboten, nicht mit Ärger und Verboten!

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist mir der Erhalt des Otto-Wagner-Spitals als Weltkulturerbe.

Zu guter Letzt liegt mir das Thema Sicherheit am Herzen. Das geht von der Sicherheit auf Schulwegen bis hin zu den notwendigen Maßnahmen, um den Menschen im öffentlichen Raum objektiv und subjektiv Sicherheit zu vermitteln. Der Einsatz der Parksheriffs als Schülerlotsen würde dringend Kapazitäten unserer Polizei für Sicherheitsaufgaben freimachen.

Mein Hauptanliegen bleibt das persönliche Gespräch. Ich möchte Betroffene zu Beteiligten machen, und das werde ich bis zur Wahl und auch danach weiterhin intensiv pflegen. ■

EROL HOLAWATSCH

43 JAHRE, STV. LANDESOBMANN ÖAAB WIEN, ÖVP-BEZIRKSPARTEIOBMANN FLORIDSDORF UND LEITER DES FACHBEREICHS EIGENE EINRICHTUNGEN ÖGK, SPITZENKANDIDAT FÜR DEN GEMEINDERAT IN FLORIDSDORF.

Gutes bewahren, Neues zulassen

Bereits seit 20 Jahren setze ich mich für die Anliegen meines Heimatbezirks Floridsdorf ein. Besonders wichtig ist mir dabei der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern, um mich für ihre Anliegen bestmöglich einsetzen zu können. Dabei gibt es drei Themen, die ich als besonders zentral erachte: sinnvolle Verkehrskonzepte für Floridsdorf, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und bei fortschreitender Stadtentwicklung genug Lebensräume garantieren. Gerade in einem Flächenbezirk wie Floridsdorf ist ein sinnvolles Miteinander aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer essenziell. Dabei dürfen die Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ich will eine Verkehrspolitik mit Hausverstand und sinnvoller Planung unter Einbeziehung aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Neben Mobilität ist auch Sicherheit ein wesentliches Grundbedürfnis – das beginnt morgens am sicheren Schulweg und endet abends beim Heimweg. Darum fordere ich unter anderem mehr Beleuchtung in den „dunklen Ecken" unseres Bezirks, Notfallknöpfe an Laternenmasten sowie ein rigoroses Alkoholverbot am Schnellbahnhof Floridsdorf. Der 21. Bezirk ist Stadtentwicklungsgebiet und Naherholungsraum zugleich. Es muss daher sichergestellt sein, dass sowohl landwirtschaftliche Flächen erhalten bleiben, aber auch Raum für die Neuansiedelungen von Wohnungen und Betrieben geschaffen wird. Mein Motto ist: Gutes bewahren und Neues zulassen. Dafür braucht es durchdachte Flächenwidmungen, die stärker auf den Ausgleich zwischen den Interessen von Wohnen, Wirtschaft und Erhaltung der historischen Dorfstrukturen fokussieren. ■



Erol Holawatsch
Stv. Landesobmann ÖAAB

Claudia Biegler, MA

GEWERKSCHAFTERIN FÜR DIE BUNDESSCHULVERWALTUNG, KANDIDATIN FÜR DEN GEMEINDERAT IN RUDOLFSHEIM-FÜNFHAUS.

Als Bezirkspolitikerin im Rudolfsheim-Fünfhaus sehe ich ein Fachschulzentrum als dringend notwendige Bildungsinvestition in unserem Bezirk. Die Sekundarstufe II, also unsere vierzehn- bis sechzehnjährigen Jugendlichen, brauchen die Chance auf eine fundierte Ausbildung im technischen, wirtschaftlichen und touristischen Bereich. „Ein Fachschulzentrum soll es den Jugendlichen im 15. Bezirk ermöglichen, ohne Maturastress einen zeitgemäßen Beruf zu erlernen", ist Claudia Biegler, MA, überzeugt.

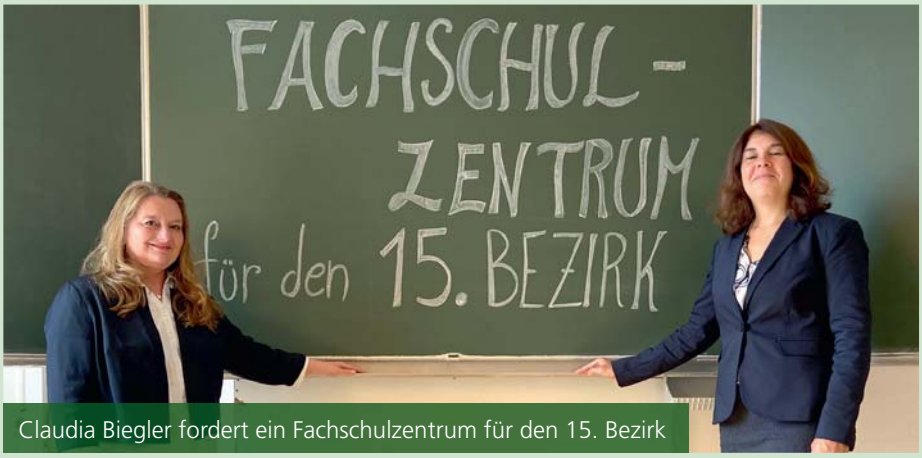
Der 15. Bezirk soll ein Ort für Bildung, Sport und Kultur, sowie Forschung und Innovation werden. Die Idee dazu wäre das „Quartier 15" am Westbahnhofgelände: ein Konzept für einen neuen Stadtteil im 15. Bezirk.

In einem der vier Westbahnhof-Tower könnten Lehrbetriebe und Lehrwerkstätten eingerichtet werden. Der 15. Bezirk ist einer der einkommensschwächsten Bezirke Wiens.

Die Umsetzung dieser Ideen könnte unseren Jugendlichen einen soliden und gesicherten Einstieg in die Arbeitswelt garantieren. ■



Claudia Biegler, MA
Bundesschulverwaltung



Claudia Biegler fordert ein Fachschulzentrum für den 15. Bezirk

Steuersenkung wegen Corona als richtiger Weg

THOMAS RASCH „CHRISTLICH SOZIALE POLITIK WIRD DAFÜR SORGEN, DASS ALLES AUCH IN WIEN BESSER WIRD!“

„Mit der Vorziehung des ersten Teiles der geplanten Steuerreform hat die Bundesregierung zum richtigen Zeitpunkt Maßnahmen gesetzt, um damit die coronabedingte schwierige Lage für Familien und für Menschen mit geringem Einkommen spürbar zu verbessern“, lobt Thomas Rasch, der Wiener FCG-Vorsitzende und Kandidat zum Wiener Gemeinderat die erfreuliche türkis-grüne Entscheidung. Die für 2022 geplanten Steuererleichterungen werden nun sogar rückwirkend vom 1.1.2020 gewährt. „Das ist nicht nur schnelle und unkomplizierte Hilfe für Familien und Menschen mit niedrigem Einkommen, sondern entlastet auch viele Seniorinnen und Senioren“, erklärt Rasch.

Neuer Steuersatz

Die Rückzahlung der zu viel bezahlten Steuern (Aufrollung) wird bereits Mitte Oktober als Einmalzahlung erfolgen. Die Oktober-Gehälter und Pensionen werden dann bereits mit dem niedrigeren Eingangssteuersatz von 20 Prozent ausbezahlt.

Kinderbonus

„Eine weitere Entlastung für Familien wird aber auch durch den Kinderbonus erfolgen“, weist Thomas Rasch auf eine weitere Unterstützung hin. Der von der Bundesregierung beschlossene Bonus wird nämlich ab sofort im Geldbörsel der betroffenen Familien spürbar. Pro Kind werden nämlich automatisch 360 Euro auf das Familienkonto überwiesen werden. Der Bonus gilt für alle Kinder, die Familienbeihilfe beziehen. Eine Familie mit drei Kindern bekommt somit völlig unbürokratisch 1.080 Euro zusätzlich ausbezahlt.

Vor der Wahl

„Wir christlich-sozialen Gewerkschafter werden uns auch weiter darum kümmern, dass die Familien und SeniorInnen auch in schlechten Zeiten nicht vergessen werden und ihnen ein selbstbestimmtes und gutes Leben ermöglicht wird“, verspricht der FCG-Vorsitzende Thomas Rasch. ■

Weitere Kandidaten

Weitere Kandidaten für die Wiener Gemeinderatswahlen, die wir stellvertretend für alle Kandidat/innen der FCG erwähnen wollen:

- **KR Christian Berhart** – Wahlkreis Favoriten
- **MMag. Daniel Soudek, MBA MSc** – Wahlkreis Favoriten
- **Michael Schediwy-Klusek** – Wahlkreis Simmering
- **Edim Muric** – Wahlkreis Ottakring



Interessen vertreten

Als Fraktion Christlicher Gewerkschafter/innen – FCG – im ÖGB vertreten wir die Interessen der Arbeitnehmer/innen auf allen Ebenen. Vorrangig in den jeweiligen Gewerkschaften und in unserer Arbeiterkammer-Fraktion. Aber selbstverständlich auch in Gemeinderäten, Landtagen und im Nationalrat, wo in der laufenden Legislaturperiode auch drei Mitglieder des FCG-Präsidiums ein Mandat ausüben. Unsere FCG-Kandidat/innen garantieren Handschlagqualität, weil sie ehrlich zu unseren Werten stehen und sind ein Garant dafür, dass unsere Arbeitnehmerinteressen auch auf kommunal- und landespolitischer Ebene bestmöglich vertreten werden. ■